

Juni 2022

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

Genfer Depesche – WTO sendet bei Ministerkonferenz klares Lebenszeichen

Olaf Wientzek, Cedric Amon

Die „Genfer Depesche“ geht auf Vorgänge in den Genfer multilateralen Organisationen zu einem aktuellen Thema ein. Dieses Mal steht die 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 12.-17. Juni 2022 im Fokus.

Nach mehrfacher Verlegung fand mit insgesamt zweijähriger Verspätung vom 12.-17. Juni die 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf statt.

Ursprünglich sollte das hochrangige Treffen, zu dem mehrere Tausend Delegierte der 164 WTO-Mitglieder, Medien- und Interessensvertreter geladen waren, 2020 in Kasachstan stattfinden. Die Runde musste allerdings mehrfach coronabedingt verlegt werden und fand letztlich in Genf statt – formell mit Kasachstan als Co-Gastgeber. Angesichts der seit Jahren andauernden Krise der WTO galt die Ministerkonferenz als ein wegweisender Stresstest für ihre Handlungsfähigkeit.

Nach harten Verhandlungen – inklusive einer Verlängerung der ursprünglich bis Mittwoch angesetzten Ministerkonferenz bis in die frühen Morgenstunden des Freitags – gelang es, in den im Vorfeld zu Prioritäten erklärten Themen sowohl Teilerfolge (Abbau schädlicher Fischereisubventionen und Ernährungssicherheit) zu erzielen als auch in einem Dossier (Moratorium zu Zöllen auf elektronische Übertragungen) einen drohenden Rückschritt zu verhindern. Die Einigung auf eine (wenn auch begrenzte) Aussetzung von Patentrechten für Vakzine (sog. „TRIPS-Waiver“) ist politisch gesehen ein Erfolg für die WTO-Generaldirektorin; inhaltlich gibt es an der Einigung Kritik.

Letztlich waren es weder die Frage des Ukrainekonflikts und des daraus resultierenden Umgangs mit Russland noch die US-China-Rivalität, welche die Diskussionen erschwerten, sondern die sehr weit auseinanderliegenden

Interessen vieler Mitgliedstaaten und vor allem auch die harte Haltung insbesondere Indiens.

Dass bei allen zentralen Dossiers Einigungen erzielt werden konnten, ist ein wichtiges Lebenszeichen der Welthandelsorganisation und ein großer Erfolg für die Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala und das WTO-Sekretariat. Doch gleichzeitig ist es nur ein erster Schritt der WTO aus ihrer Krise.

Die üblicherweise alle etwa zwei Jahre stattfindenden Ministerkonferenzen sind das höchste Organ der WTO. Entscheidungen werden grundsätzlich per Konsens getroffen. Nach der coronabedingten mehrfachen Verschiebung der Ministerkonferenz war die Lücke zur letzten Runde in Buenos Aires inzwischen auf 4,5 Jahre gewachsen. Das letzte multilaterale Abkommen der WTO wurde im Jahr 2013 verabschiedet, entsprechend war der Druck im Vorfeld der Konferenz erheblich. Dennoch war bis zuletzt unklar, ob die Ministerkonferenz wie geplant stattfinden würde. Einer der Gründe: Trotz harter und sich sogar über Wochenenden erstreckender Verhandlungen in den letzten Monaten gelangen nur kleine Fortschritte. Die Beschlussentwürfe zu Beginn der Runde waren mit einigen Klammern versehen, was bedeutet, dass noch inhaltliche Verhandlungen bei der Ministerkonferenz selbst erfolgen mussten. Entsprechend hatte die seit etwas über einem Jahr amtierende WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala im Vorfeld die Erwartungen gedämpft und die Teilnehmer

auf schwierige Gespräche eingeschworen. Insgesamt identifizierte sie fünf Prioritäten für die Verhandlungen:

1. Eine Einigung auf ein Abkommen zum Abbau schädlicher Fischereisubventionen
2. In Anbetracht der drohenden Hungersnöte in mehreren Teilen der Welt Erklärungen zur Stärkung der Nahrungsmittelsicherheit
3. Eine Erklärung zur Reaktion auf die Folgen der COVID-Pandemie (inklusive einer Einigung zu einer möglichen Suspendierung des TRIPS-Abkommens)
4. Eine Erneuerung des Moratoriums zu Zöllen auf elektronische Übertragungen
5. Eine Erklärung zu künftigen Schritten beim WTO-Reformprozess.

Mit dieser Schwerpunktsetzung auf sehr spezifische Themen wollte die WTO-Generaldirektorin die Wahrscheinlichkeit für einen erfolgreichen Ausgang erhöhen. Die Ergebnisse sollten auch das Mantra der WTO-Generaldirektorin umsetzen, die WTO müsse für die Menschen greifbare Resultate liefern können. Gleichzeitig baute sie bereits vor, dass selbst ein oder zwei Durchbrüche gleichbedeutend mit einer erfolgreichen Ministerkonferenz wäre. Entsprechend sprach sie in ihrer Eröffnungsrede von einem „holprigen Weg“ und warnte gleichzeitig vor den hohen Kosten des Scheiterns.

Umgang mit Russlands Teilnahme

Im Vorfeld hatte es Spekulationen über die Folgen des Umgangs mit Russland für Handlungs- und Beschlussfähigkeit der Ministerkonferenz gegeben. Bereits seit einigen Monaten weigern sich über 30 Länder in den WTO-Gremien regelmäßig, in Anwesenheit von russischen Vertretern zu verhandeln. Dies wurde auch im Rahmen der Ministerkonferenz so gehandhabt. Durch die Erfahrungen der vergangenen drei Monate waren die Verhandler mit der Praxis (und den Behelfslösungen) vertraut, so dass sich diese Frage letztlich prozedural, aber nicht substantiell auf die Gespräche bei der Ministerkonferenz auswirkte.

Teillösung beim Kampf gegen schädliche Fischereisubventionen

Als zentraler Gradmesser für den Erfolg der Ministerkonferenz galt ein erfolgreicher Abschluss der seit 21 Jahren (!) laufenden Verhandlungen über den Abbau schädlicher Fischereisubventionen. Ziel ist, der Überfischung der Weltmeere Einhalt zu gebieten und damit zur Erreichung eines zentralen Ziels der Nachhaltigkeitsagenda beizutragen. Eigentlich hätten die Gespräche bereits 2020 abgeschlossen werden sollen, doch erwiesen sich die Diskussionen als außerordentlich zäh. Während der zuständige Verhandlungsleiter, der kolumbianische Botschafter Santiago Wills und andere Beobachter durchaus Chancen für eine Lösung sahen, waren andere Verhandler deutlich vorsichtiger: zwar galten viele Streitfragen als überwindbar, doch galt Indien als ausgesprochen schwieriger Verhandlungspartner. Nachdem noch zu Beginn vorsichtige Zuversicht für eine umfassende Einigung geherrscht hatte, zerstob diese zwischenzeitlich aufgrund einer sehr konfrontativen Intervention des indischen Handelsministers Piyush Goyal, der indische Maximalforderungen wiederholte und viele rote Linien zog: So forderte er für Indien massive Ausnahmen bei den Maßnahmen gegen Überfischung, aber auch eine 25(!)jährige Übergangsperiode. Diese Positionierung wurde von mehreren Ländern mit Unverständnis aufgenommen.

Am Mittwoch und Donnerstag ging es bis tief in die Nacht nur noch darum, ob zumindest Teile des Abkommens gerettet werden könnten. Letztlich blieb vom ursprünglichen Text nur ein Teil übrig. So einigten sich die WTO-Mitglieder auf Maßnahmen gegen illegale und ungemeldete Fischerei sowie gegen Subventionen für überfischte Bestände. Gleichzeitig wird ein separater – auf freiwilligen Beiträgen basierender – Fonds geschaffen, aus dem in Abstimmung mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (Ifad) Übergangsmaßnahmen finanziert werden können. Die EU und Deutschland hatten bereits angekündigt, einen solchen Fonds finanziell zu unterstützen. Auf weitergehende Maßnahmen gegen Überfischung und Überkapazitäten konnten sich die Mitglieder nicht einigen. Daher wurde eine Klausel eingeführt, dass die nun

erzielte Einigung erst einmal nur vier Jahre gilt. Jen-seits dieser Zeitspanne wird sie nur Bestand ha-ben, wenn es in der Zwischenzeit gelingt, auch diese bei dieser Verhandlung ausgeklammerten Bereiche in den Gesamtdeal zu überführen.¹

Begrenzte Aussetzung der Patent-rechte bei Impfstoffen („TRIPS-Wai-ver“)

Zur Reaktion der WTO auf die Pandemie wurde eine Erklärung verabschiedet, in der die Mitglieder der WTO unter anderem geloben, zurückhaltend mit Exportbeschränkungen umzugehen.²

Deutlich heftiger war die seit über anderthalb Jah-ren im internationalen Genf tobende Diskussion zur möglichen Aussetzung der Patentrechte für Vakzine, Diagnostika und Therapeutika gegen CO-VID. Indien und Südafrika hatten hier im Oktober 2020 einen sehr weitreichenden Vorschlag zur Suspendierung des Übereinkommens über han-delsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Ei-gentums (TRIPS bzw. TRIPS-Waiver) vorgelegt: Die EU, die Schweiz und Großbritannien lehnten einen Waiver (eng. „Verzicht“) ab, die USA unterstützte zur Überraschung (oder Entsetzen) vieler Be-obachter ebenfalls den Waiver wenn auch nur in sehr begrenzter Form. Die anderthalb Jahre wäh-renden Verhandlungen brachten zunächst kaum Bewegung, die Diskussionen entwickelten zuneh-mend einen toxischen Charakter, die auch auf an-dere Dossiers übergriff. Anfang Mai kursierte ein Papier, welches einen Kompromiss (mit einigen sehr wesentlichen noch zu klärenden Fragen) zwis-chen der EU, den USA, Indien und Südafrika skiz-zierte. Trotz starker Kritik diente der Entwurf in den vergangenen rund sechs Woche als Diskussi-onsgrundlage. Im Vorfeld der Ministerkonferenz waren jedoch noch sehr wesentliche Fragen wei-ter offen: dazu gehörte die Dauer (drei bis zehn Jahre), der Umfang (Vakzine oder auch Therapeu-tika und Diagnostika) und die Frage, wer den Wai-ver anwenden dürfte: So besagte eine Klausel, dass nur sich entwickelnde Länder vom Waiver profitieren würden, die weniger als 10% ihrer Vak-zine exportieren würden – damit wäre China vom Waiver ausgeschlossen – eine wichtige Bedingung für die USA, aber auch die EU. Dieser Text rief mas-sive Kritik von beiden Seiten hervor.

Industrievertreter lehnen auch diesen Text vehe-ment ab: urheberrechtliche Fragen seien nicht die Ursache für die ungleiche Verteilung gewesen, zu-dem gebe es inzwischen sogar eine Überproduk-tion an Impfstoffen. Auf der anderen Seite liefen auch die Nichtregierungsorganisationen aus dem globalen Gesundheitsbereich Sturm: dieser Text sei kein wirklicher Waiver mehr. Der letztlich er-zielte Kompromiss sieht einen auf Impfstoffe und deren Zutaten begrenzten fünfjährigen Waiver vor. Allerdings sollen in spätestens sechs Monaten eine Entscheidung über die Ausweitung auch auf Diagnostika und Therapeutika fallen. Mit Blick auf die Rolle Chinas wurde eine Formulierung gefun-den, die China nicht explizit ausschließt, aber für Länder mit Impfstoffproduktionskapazitäten eine (von China bereits zugesagte) Selbstverpflichtung anmahnt, keinen Gebrauch vom Waiver zu ma-chen.

Beschlüsse zur Ernährungssicherheit

Die Verhandlungen zur Agrarpolitik, die seit Jahren insbesondere wegen Uneinigkeiten bei Fragen zur öffentlichen Lagerhaltung (‘public stockholding’) hart umkämpft sind, rückten wegen des Kriegs in der Ukraine und der daraus resultierenden Risi-ken für die globale Ernährungssicherheit in den Vordergrund. Gleich fünf Vorlagen (mit unter-schiedlicher Stoßrichtung) lagen den Ministerin-nen und Ministern vor. Die große Mehrzahl der Mitglieder sprach sich bereits vor der Ministerkon-ferenz klar für Ausnahmen von Exportbeschrän-kungen auf Agrarprodukte für das Welternäh-rungsprogramm (WFP) aus. Eine kleine Gruppe von Ländern, angeführt von Indien, beharrte je-doch auf der öffentlichen Lagerhaltung für Zwecke der eigenen Ernährungssicherung und wollte der Vorlage bis zuletzt nicht zustimmen. Ähnlich verhielt es sich bei der Entscheidungsfindung zur Ver-abschiedung einer Ministererklärung zu Handel und Ernährungssicherheit. Eine Koalition aus afri-kanischen, karibischen und pazifischen Staaten sowie die Gruppe der G33 hatten zuvor eine Ent-scheidungsvorlage über die öffentliche Lagerhal-tung zum Zwecke der Ernährungssicherheit einge-bracht, die wiederum für andere WTO-Mitglieder (u.a. die EU) inakzeptabel war. Dieser Vorschlag sah vor, dass sich entwickelnde Länder nahezu

¹ Die gesamte Vereinbarung [hier](#).

² Der Text findet sich [hier](#).

carte blanche für die Aufstockung ihrer Lagerhaltungsprogramme erhielten und ihre Vorräte wiederum exportieren könnten. Indien zeigte sich – wenngleich nicht als einziges Land – auch bei diesem Dossier besonders hartnäckig. Nach intensiven Verhandlungsrunden konnten sich die WTO-Mitglieder dennoch auf die ursprünglich eingereichte Ministerbeschlussvorlage zur Ausnahme von Exportbeschränkungen für das WFP einigen. Auch der Ministerbeschluss für Handel und Ernährungsunsicherheit wurde im letzten Moment verabschiedet. Der in Kraft getretene Beschluss wurde vor allem um Zusicherungen zur Unterstützung von am wenigsten entwickelten Ländern und Nettoimportländern von Nahrungsmitteln erweitert. Außerdem einigten sich die Verhandler auf die Einrichtung eines eigenen Arbeitsprogramms für Ernährungssicherheit innerhalb des Agrarausschusses. Interessant: Die russische Invasion in der Ukraine wurde in keiner der Textvorlagen als Hauptursache für die bevorstehende weltweite Ernährungskrise benannt. Auch bei den Verhandlungen verfiel bei einigen Ländern – vor allem aus Subsahara-Afrika – das Narrativ, dass nicht der Überfall Russlands, die Zerstörung von Lagerhallen in der Ukraine und die russische Blockade der ukrainischen Häfen schuld an den aus den Fugen geratenen Nahrungslieferketten seien. Vielmehr suchten bestimmte Länder die Verantwortung wegen der verhängten Sanktionen bei den Europäern und den USA.

Eine Vorlage über Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS), u.a. mit Hinblick auf die Erreichung globaler Ernährungssicherheit und nachhaltiger Ernährungssysteme, wurde bereits am zweiten Tag der Konferenz angenommen.

Digitaler Handel – Einigung in der Nachspielzeit

Überraschenderweise stand die Verlängerung des Moratoriums über Zölle auf elektronische Übertragungen (auch: 'E-Commerce-Moratorium') bis zuletzt auf der Kippe. Das Moratorium trat, gemeinsam mit der Einrichtung eines Arbeitsprogramms über elektronischen Handel, im Jahr 1998

in Kraft. Bei den darauffolgenden Ministerkonferenzen war die Aussetzung der Zölle auf elektronischen Datenverkehr bislang stets verlängert worden. Südafrika, Indonesien und Indien, die sich schon seit einigen Jahren skeptisch zum Moratorium äußern, hatten – unterstützt von Sri Lanka, Pakistan und Kamerun – einen Entwurf vorgelegt, wonach lediglich das Mandat des Arbeitsprogramms verlängert werden sollte, nicht jedoch das Moratorium. Ihr Argument: Man wisse zu wenig über dessen Auswirkungen. Insbesondere sich entwickelnden Ländern entgingen hohe Zolleinnahmen, die diese Länder reinvestieren könnten. Weitere Anhänger dieser Argumentation waren Sri Lanka, Pakistan und Kamerun. Auf der anderen Seite hatten sich 78 Länder.³ (siehe Karte des Monats Juni 2022) für eine Verlängerung des Moratoriums bis zur nächsten Ministerkonferenz ausgesprochen. Bemerkenswert war auch, dass die kritische Haltung gegenüber dem Moratorium bei anderen Ländern des Globalen Südens nicht verfiel: Sambia sprach sich beispielsweise dezidiert gegen die Aussetzung des Moratoriums aus. In dieselbe Richtung äußerten sich bei der Ministerkonferenz auch weitere Länder aus Subsahara-Afrika (u.a. Nigeria). Wichtiger sei es, Begleitprogramme zur Unterstützung des Aufbaus der lokalen Digitalwirtschaften einzurichten. Die Mitglieder einigten sich letztlich auf eine Verlängerung des Moratoriums bis zur nächsten Ministerkonferenz, die regulär vor dem 31. Dezember 2023 stattfinden soll oder (im Falle einer Verlegung des Termins) bis spätestens zum 31. März 2024. Das Moratorium könnte durch Ministerbeschluss oder Beschluss des Allgemeinen Rats über dieses Datum hinaus verlängert werden. Die Mitglieder verpflichteten sich zudem zur Intensivierung der Gespräche über das Moratorium und beauftragten den Allgemeinen Rat mit der regelmäßigen Überprüfung neuer Berichte der anderen WTO-Organe, insbesondere mit Bezug auf die Definition und die Auswirkungen des Moratoriums. Auch bei vielen Unternehmen war die Erleichterung über die Verlängerung groß. Die Abschaffung des E-Commerce Moratoriums hätte ungeahnte Folgen für Nutzerinnen und Nutzer und Unternehmen weltweit gehabt und für große Planungsunsicherheit gesorgt.

³ Siehe [hier](#) die KAS-Karte des Monats Juni

Dadurch, dass es keine allgemein festgelegte Definition von elektronischen Übertragungen gibt, wäre die Auslegung Ländersache. Wie genau der globale Datenverkehr verzollt werden könnte, wäre dabei ebenfalls noch völlig unklar. Die Einführung von Zöllen, insbesondere falls die Auslegung elektronischer Übertragungen nicht gegenseitig anerkannt ist, hätte das Potenzial handels-technische Vergeltungsmaßnahmen nach sich zu ziehen. Die Haupt-Leidtragenden der Abschaffung des E-Commerce-Moratoriums wären dabei die vielen Unternehmen, darunter insbesondere KMU, die auf den freien und internationalen Datenverkehr (z.B. Datenbanken, Cloud-Dienste, digitale Dienstleistungen, etc.) angewiesen sind. Auch für sich entwickelnde Länder wären die unterschiedlich durchgesetzten digitalen Handelsbarrieren ein Dämpfer auf dem Weg zu mehr Innovation und Wirtschaftswachstum.

Grober Fahrplan für WTO-Reform

Handfeste Beschlüsse zur WTO-Reform wurden keine gefasst; ein solches Unterfangen wäre allerdings auch illusorisch gewesen. Zumindest legten die WTO-Mitglieder die Prioritäten der kommenden Diskussionen fest. Als eine der wichtigsten Punkte gilt die durch die Blockade der Berufungsinstanz seit 2019 dysfunktionale Streitschlichtungsfunktion der WTO. Eine große Mehrheit der WTO-Mitglieder spricht sich dabei weiterhin für eine doppelinstanzliche Lösung (das heißt mit einer Berufungsinstanz) aus. Letztlich einigten sich die Länder in der Abschlussvereinbarung darauf, die Reformdiskussion offen und transparent zu gestalten und alle Funktionen der WTO zu umfassen⁴. Etwaige konkrete Vorschläge sollen bis zu nächsten Ministerkonferenz vorliegen. Speziell sollen auch Diskussionen geführt werden, mit dem Ziel, bis 2024 die Streitschlichtungsfunktion der WTO wieder funktionsfähig zu machen – ein ehrgeiziger Zeitplan.

Weitere Themen

Bereits vor Beginn der hektischen Verhandlungen im Rahmen der 12. Ministerkonferenz hatten sich

die Mitglieder der sog. Plurilateralen (aus ‚Koalitionen der Willigen‘ bestehenden) Initiativen für inklusiven Handel und Geschlechterfragen sowie für Handel und Umwelt (Handel und ökologische Nachhaltigkeit, Verschmutzung durch Plastik und Subventionierung fossiler Energien) auf die Verabschiedung von Ministererklärungen geeinigt.

Bemerkenswert: Die für ihre Direktheit bekannte WTO-Generaldirektorin ging zu Beginn der ungewöhnlich deutlich auf die negative Berichterstattung über die WTO ein und kritisierte den Diskurs einiger NGOs, welche die WTO als Interessensklub einiger weniger Mitglieder darzustellen versuchten. Umgekehrt übten Vertreter der Zivilgesellschaft mehrfach Kritik an dem – laut WTO dem Sicherheitskonzept der Schweizer Behörden geschuldeten – beschränkten Zugang zivilgesellschaftlicher Vertreter auf das WTO Gelände.

Kommentar - ein Lebenszeichen und ein Erfolg mit Vorbehalten

Nach Jahren der Hiobsbotschaften gelang es der WTO und ihren Mitgliedern mit dieser Ministerkonferenz - einigermaßen unerwartet - wieder positive Schlagzeilen zu schreiben und ein klares Zeichen ihrer Handlungsfähigkeit zu senden. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte die schwellende Kritik an der WTO und Fragen nach ihrer Relevanz weiter befeuert. Erstmals seit vielen Jahren gelang es der WTO wieder, multilaterale Lösungen zu erarbeiten. Es ist gleichwohl ein Erfolg mit Einschränkungen: Das Fischereiabkommen konnte nur durch die Streichung wichtiger Teilbereiche gerettet werden. Sein Ziel, der Überfischung der Weltmeere Einhalt zu gebieten, kann es nur mit einer Erweiterung des Umfangs des Abkommens in den kommenden Jahren erreichen. Zudem muss das Abkommen nun in den Mitgliedsländern entsprechend umgesetzt werden. Die Erklärungen zur Ernährungssicherheit sind wichtig, machen aber auch Zugeständnisse mit Blick auf protektionistische Forderungen Indiens. Der TRIPS-Waiver-Kompromiss ist politisch gesehen ein Erfolg, auch weil er der zunehmenden Vergiftung der Genfer Diskussion Einhalt gebietet. Inhaltlich ist er trotz der recht engen Ausgestaltung bedenklich: nicht nur, weil er in eine Zeit der Überproduktion von

⁴ Das Abschlussdokument ist [hier](#) einsehbar.

Impfstoffen fällt, sondern auch weil er einen Präzedenzfall darstellen kann – mit einem wenig ermutigenden Signal an Forschung und Industrie. Hier scheint letztlich die Parole obsiegt zu haben: Lieber ein unbefriedigender Deal als gar kein Deal. Dass man die Verlängerung des seit 24 Jahren bestehenden Moratoriums für Zölle auf elektronische Übertragungen bis zur nächsten Ministerkonferenz feiert, zeigt, wie reell hier die Gefahr eines Rückschlags mit ungeahnten Folgen war.

Es ist zudem offen, inwieweit die Ministerkonferenz einen frischen Impuls für die Reformdebatte geben kann. Beobachter drängen die EU dazu, hier eine Führungsrolle zu übernehmen.

Letztlich ist das Gesamtergebnis jedoch erheblich besser als viele der WTO in der aktuellen Lage zugebraut hätten. Es ist ein wichtiger Erfolg für die neue WTO-Generaldirektorin und das WTO-Sekretariat, aber auch Zeichen des politischen Willens der verhandelnden Länder. Auch durch Hartnäckigkeit und Verhandlungen gelang es Ngozi Okonjo-Iweala, beim Schmieden der Kompromisse zu helfen. Bei der Schlusszeremonie gestand sie ein: „Es hat mehrere Momente gegeben, bei denen ich fürchtete, mit leeren Händen dazustehen“

Die Zähigkeit der Verhandlungen, die Drohung, das E-Commerce-Moratorium zu kippen sowie der protektionistische Reflex einiger Länder sollten dennoch zu denken geben.

Beobachter bezweifeln auch, ob sich Indien mit seiner harten Haltung wirklich einen Gefallen getan hat: Innenpolitisch mag die Regierung damit punkten, bei vielen anderen WTO-Mitgliedern wächst die Verärgerung über Indiens Positionierung nicht nur bei dieser Ministerkonferenz, sondern auch in den Verhandlungen in Genf in den Monaten zuvor. Das wird trotz der erzielten multilateralen Kompromisse viele Akteure bestärken, künftig noch mehr auf „Koalitionen der Willigen“, das heißt plurilaterale Vereinbarungen, zu setzen.

Der Gipfel ist ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt der WTO aus der Krise: mehrere Vereinbarungen kommen durch verschiedene Fristen und Klauseln bereits in den kommenden sechs bis 24 Monaten auf den Prüfstand. Künftiges Konfliktpotential ist bereits vorprogrammiert, nicht nur wenn sich die Mitgliedstaaten nun wieder an das besonders konfliktreiche Thema der WTO-Reform heranwagen wollen. Mithin wird auch die nächste Ministerkonferenz, die voraussichtlich bereits 2023 stattfinden soll (Kamerun und die Vereinigten Arabischen Emirate haben bereits Interesse an der Ausrichtung der Konferenz angemeldet), zu einem wichtigen Prüfstein für die Organisation.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)